

Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten: Auszug über den Haager Gipfel

Legende: In seinen politischen Memoiren erinnert Willy Brandt, von 1969 bis 1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (BRD), an die Verhandlungen und Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs der Sechs am 1. und 2. Dezember 1969 in Den Haag.

Quelle: BRANDT, Willy. Begegnungen und Einsichten, Die Jahre 1960-1975. Hamburg: Hoffmann und Campe, 1976. ISBN 3-455-08979-8. p. 321-323.

Urheberrecht: Willy Brandt

URL: http://www.cvce.eu/obj/willy_brandt_begegnungen_und_einsichten_auszug_uber_den_haager_gipfel-de-99ee51cc-9ed5-4d4d-a9dd-8ca9eaa5b865.html

Publication date: 03/07/2013

Willy Brandt, *Begegnungen und Einsichten*

[&]

Die tatsächliche Verständigung wurde am Abend des ersten Konferenztages im Gespräch zwischen Pompidou und mir erreicht, am Rande des Essens, zu dem Königin Juliana auf ihr Stadtschloss eingeladen hatte. Der Präsident wollte sich davon überzeugen, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit in meinem Verständnis durch die Erweiterung keinen Schaden leiden würde. Vor allem lag ihm auch daran, die für ihn innenpolitisch so wichtige Agrarfinanzierung gesichert zu sehen. Ich sicherte dies zu, bestand aber darauf, daß die Agrarmarktordnungen revidiert würden, um der Finanzierung von Überschüssen einen Riegel vorzuschieben. In der Beitrittsfrage verzichtete ich auf eine ganz genaue Fixierung des Verhandlungsbeginns. Pompidou, der in Paris als nicht zu nachgiebig erscheinen wollte, gab seine Zustimmung zu konkreten vorbereitenden Gesprächen der Sechs und überdies zu der Formel, daß die Verhandlungen mit Großbritannien und den anderen Beitrittswilligen im Laufe des Jahres beginnen könnten. Gegenüber dem belgischen Ministerpräsidenten Gaston Eyskens und dem luxemburgischen Kollegen Pierre Werner, die uns bei unserem Gespräch interessiert beobachtet hatten, bekräftigte er dies ehrenwörtlich. Am nächsten Tag entstand noch eine kleine Unsicherheit: Was sollte, was konnte der Öffentlichkeit gesagt werden? Man verständigte sich, diesmal beim Lunch von Ministerpräsident de Jong, auf die Feststellung des Gastgebers: spätestens am 1. Juli. Unmittelbar nach meiner Rückkehr erklärte ich vor dem Bundestag: Ohne Präsident Pompidou wären wir gescheitert. Verlauf und Ergebnis der Haager Konferenz seien ein großartiger Beweis der deutsch-französischen Freundschaft gewesen. Aber ohne die Solidarität Italiens, der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs wäre uns natürlich der Erfolg gleichermaßen versagt geblieben.

Der zweite Komplex der in Den Haag erörterten Fragen betraf die inhaltliche Weiterentwicklung des Gemeinsamen Marktes. Er war der objektiv schwierigste, wenn auch damals noch verborgen blieb, wie groß die Hindernisse in den kommenden Jahren sein würden. Der Ministerrat wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Kommission bis Ende 1970 einen Stufenplan für den Aufbau der Wirtschafts- und Währungsunion vorzulegen. Ein Ausschuß unter dem Vorsitz des luxemburgischen Regierungschefs hatte dafür eine verdienstvolle Vorarbeit geleistet. Wir waren gewillt, den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion nüchtern mitzugehen. Strukturelle Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und Divergenzen in den wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen und Verhaltensweisen waren Realitäten, die nur durch beharrliches und gemeinsames Bemühen verändert werden konnten. Wir betonten, daß es nicht eine Inflationgemeinschaft war, die wir erstrebten. Deshalb unser Begehren, daß mit der Harmonisierung der Zielvorstellungen in einer ersten Stufe eine wirksame

Koordinierung der kurzfristigen Wirtschaftspolitik einhergehen müsse.

In diesem Zusammenhang machte ich ermutigt durch Jean Monnet, zu äußerster Behutsamkeit gemahnt durch meine Fachressorts ein wichtiges Angebot: Die Bundesregierung, die es an der Bereitschaft zu währungspolitischer Solidarität schon bisher nicht haben lassen, biete bei der Schaffung eines Europäischen Reservefonds ihren vollen Kooperationswillen an. Sobald die notwendigen Voraussetzungen geschaffen seien, wollten wir an der Errichtung eines solchen Instruments gemeinsamer Politik und an der Bestimmung seiner Modalitäten mitwirken. Wir seien dann bereit, einen bestimmten Teil unserer Währungsreserven in den Reservefonds zu überführen, zur gemeinsamen Verwaltung mit den Reserven, die unsere Partner nach entsprechendem Anteil darin deponieren würden.

Mein drittes Petitum in Den Haag: Auf dem Gebiet der außenpolitischen Zusammenarbeit solle ein neuer Versuch gemacht werden. Das Thema hatte sich seit 1962 nicht bewegt. Der Meinungs austausch, der im Rahmen der WEU Großbritannien einschloß, hatte nicht weit geführt; es konnte nicht ausreichen, ihn wiederaufzunehmen. Ich schlug vor, die Außenminister zu beauftragen, den Entwurf einer Vereinbarung für die schrittweise Entwicklung der politischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft auszuarbeiten, den Beitritt neuer Mitgliedstaaten stillschweigend voraussetzend. Dies fand allgemeine Zustimmung. Die Konsultationen der zunächst sechs, dann neun Außenminister begannen im Herbst 1970 auf ermutigende Weise, wenn es auch zweifelhaft bleiben mag, ob eine Stellungnahme zur Lage im Nahen Osten der richtige Auftakt war.

Gemeinsam mit meinen Kollegen beschäftigte mich auch die Arbeit der EG-Institutionen. Ich schlug vor, die Arbeitsweise des Minister rats zu straffen, die exekutiven Aufgaben der Kommission sachbezogen auszubauen und die Befugnisse des Europäischen Parlaments zu erweitern. Die Ergebnisse dieses Teils der Haager Erörterungen blieben unbefriedigend. Doch es gelang uns wenigstens, eine akute Krise bei Euratom zu überwinden. Außerdem gaben wir von deutscher Seite den Anstoß zur Schaffung eines Europäischen Jugendwerkes.

[&]